

Briten-Abzug: Was tun gegen Leerstand?

SPD-Fraktion in Bad Fallingbostal fordert Gebäudekataster an / 900 leer stehende Wohnungen befürchtet

Seit Anfang März steht fest: London will die in Deutschland stationierten Militär-Einheiten bereits bis spätestens Ende 2015 aus der Lüneburger Heide abziehen. Das wird Folgen haben für die gesamte Region, besonders Bad Fallingbostal fürchtet massive Nachteile. Die SPD-Stadtratsfraktion hat jetzt in einem Antrag Bürgermeister Rainer Schmuck aufgefordert, detaillierte Informationen zum drohenden Wohnungsleerstand vorzulegen.

Bad Fallingbostal (ei). Mit dem Abzug der Briten sei im Gebiet der Kreisstadt mit rund 900 frei werdenden Wohnungen zu rechnen, führen die Genossen in einem Schreiben an den Verwaltungschef aus. Es sei zu befürchten, „dass ein Großteil dieser Wohnungen nach dem Abzug nicht mehr bewohnt werden oder zu Konditionen vermietet wird, die neue soziale Brennpunkte entstehen beziehungsweise vergrößern lassen“.

Die SPD weiter: „Auch der Markt mit Gebrauchtimmobilien könnte derart nachhaltig beeinflusst werden, dass alle Immobilien im Stadtgebiet und darüber hinaus einem Preisverfall erliegen werden“. Vor diesem Hintergrund sei es dringend erforderlich, dass bereits vor Entstehung der neuen Leerstände ein Konzept für die Nachnutzung erarbeitet wird.

Die Sozialdemokraten beantragen, diverse Informationen zusammenzustellen. Zum einen wollen sie ein Gebäudekataster der vom Abzug betrof-



Leerstand in Sicht: Um die 900 Wohnungen, so die aktuellen Erhebungen, sind vom Abzug der britischen Streitkräfte bis Ende 2015 in Bad Fallingbostal berührt. Die SPD-Fraktion fordert jetzt detaillierte Informationen.

fenen Wohneinheiten, aufgeschlüsselt nach Miet- und Eigentumsobjekten. Zudem soll ermittelt werden, ob die vermieteten Gebäude im Privat- oder Gesellschaftsbesitz sind. Weiter fordert die SPD eine Liste der Gebäude, für die Eigentümergemeinschaften zuständig sind. Und: Über die Laufzeit der Mietverträge der Mieteinheiten sowie Markt-

werte der Gebäude wollen die Genossen ebenfalls ausführliche Auskünfte.

Sofern die Beschaffung und Auswertung der beantragten Informationen nicht ohne externe Zuarbeit möglich ist, seien entsprechende Aufträge zu erteilen, heißt es weiter in dem Schreiben. „Aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Rückbau von Wohnraum erfor-

derlich sein kann, jedoch sehr schwierig umzusetzen ist“, erinnert die SPD-Fraktion an Erfahrungen aus dem Siedlungsbereich „Weinberg“. Neben hohen Kosten sei speziell die Schaffung der Voraussetzungen für einen Rückbau problematisch. „Die Stadt sollte nicht Eigentümer weiterer Immobilien werden, beziehungsweise nur dann, wenn ein Rückbau

auch tatsächlich möglich ist“. Finanziell sei Bad Fallingbostal auf die Beschaffung von Fördermitteln angewiesen. Analog zum Städtebau-Förderprogramm „Soziale Stadt“, das im „Weinberg“ genutzt wurde, sei „das Land konkret aufzufordern, die Voraussetzungen für eine erneute Förderung zu schaffen, die einen Rückbau ermöglicht“.

Am 17. Juni Anmeldung der Konfirmanden in Schwarmstedt

Schwarmstedt. Am 17. Juni beginnt um 19.30 Uhr der Anmeldeabend für die neuen Konfirmanden und Konfirmandin-

nen im Gemeindehaus der St. Laurentiusgemeinde in Schwarmstedt. Eingeladen sind alle, die nach den Sommerferien

in die 7. Klasse kommen, sich an diesem Abend mit ihren Eltern zu informieren und sich anzumelden. Benötigt werden

dazu das Stammbuch und, falls vorhanden, die Taufurkunde. Es wird wieder möglich sein, neben dem normalen Konfirman-

denunterricht in Schwarmstedt und Lindwedel auch am entsprechenden Ganztagsangebot der KGS teilzunehmen.

Soziale und städtebauliche Missstände befürchtet

Konversion Gesprächsthema in Bad Fallingbostal: Austausch mit Vertretern von Bund und Land / Unterstützung signalisiert

Auf Einladung des Bad Fallingbostaler Bürgermeisters Rainer Schmuck fand ein Gespräch mit Vertretern des Niedersächsischen Innenministeriums und des Sozialministeriums sowie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und dem Vertreter des Gemeindefreien Bezirks Osterheide, Andreas Ege, statt.

Bad Fallingbostal. Schmuck stellte Überlegungen für die Zeit nach dem Abzug der britischen Streitkräfte vor. Ob zivile Nutzung der Platzrandstraße, die Entwicklung von östlich gelegenen Gewerbeflächen parallel zur Autobahn, mögliche Gebietsänderungen, Reduzierung militärischer Nutzungen oder drohender Wohnungsleerstand in Bad Fallingbostal und Dorfmark: Alle Ideen sollen die negativen Auswirkungen des Truppenabzugs ausgleichen oder zumindest abmildern.

Auch die Konversion des Kasernenstandortes Oerbke wurde angesprochen. Dazu forderte Schmuck insbesondere das Engagement des Landes ein, beispielsweise durch die Ansiedlung entsprechender Bildungseinrichtungen. Ein gutes Beispiel sei für ihn die gelungene Umwandlung des ehemaligen Kasernengeländes in Stralsund. Dort entstand eine Kombination Berufsförde-



Über Konversion im Gespräch: (von links) Andreas Ege (Vorsther Gemeindefreier Bezirk Osterheide), Paul Bacher (Konversionsbeauftragter im Niedersächsischen Innenministerium), Christoph Hallebach (Niedersächsisches Sozialministerium), Sonja Richter (BIMA (Hauptstellenleiterin Magdeburg), Bad Fallingbostals Bürgermeister Rainer Schmuck, Daniela Steinhoff (Regierungsvertretung Lüneburg/Niedersächsische Staatskanzlei).

rungswerk mit angeschlossener Bildungseinrichtung und Hotel sowie Fachhochschule.

Großes Augenmerk legte Schmuck auf die absehbar schwierige Situation des Wohnungsmarktes in der Kreisstadt (siehe auch obenstehenden Bericht). Nach Abzug der briti-

schen Streitkräfte kommen bis zu 900 Wohnungen auf den Markt. Zum größten Teil befinden sich diese Wohnungen in mehrgeschossigen Schlichtbauten aus den sechziger Jahren und dürften nur mit deutlichen Mietnachteilen marktfähig sein. Schmuck befürchtet damit

einhergehende soziale und städtebauliche Missstände.

Diese Probleme könne die Stadt unmöglich ohne massive Hilfe des Landes und des Bundes alleine bewältigen. Rückbau und Umbau sowie eine städtebauliche Aufwertung dieser Quartiere, mit finanzieller

und personeller Unterstützung von Bund und Land, seien maßgebliche Zielstellungen, diese negativen Folgen abzumildern.

Christoph Hallebach, Niedersächsisches Sozialministerium, wies darauf hin, dass Fördermittel vorhanden seien, man aber konkrete Planungen vorweisen müsse, um den entsprechenden Förderrichtlinien entsprechen zu können. Pauschale Zuweisungen, etwa für Ankauf und Abbruch von Gebäuden, könne es daher nicht geben. Mit den bereits aufgelegten Stadtentwicklungsplänen sei die Stadt aber auf dem richtigen Weg und im Vergleich zu anderen Standorten gut unterwegs.

Der Konversionsbeauftragte des Landes, Oberst a. D. Paul Bacher, machte Mut und forderte Schmuck auf, weiterhin die Unterstützung von Land und Bund zur Bewältigung der immensen Problemstellungen, einzufordern.

Daniela Steinhoff, Regierungsvertretung Lüneburg und zukünftig in der Niedersächsischen Staatskanzlei zuständige Ansprechpartnerin für die regionale Konversion, zeigte sich beeindruckt und betroffen von den Dimensionen der Auswirkungen des Britenabzugs in den unterschiedlichen Bereichen der Stadt Bad Fallingbostal. Für sie vermittelte diese

Aggressionen: Ursachen und Umgang

Walsrode. Der Verein „einzigartig-eigenartig“ lädt am Donnerstag, 13. Juni, um 19.30 Uhr zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Aggressionen – mögliche Ursachen, Vermeidung von und Umgang mit Aggressionen“ ein. Sie findet im Gebäude der Lebenshilfe in der Von-Stoltzenberg-Straße 11 in Walsrode statt. Referentin ist die Sozialpsychologin MA Andrea Sewing. Sie gilt aufgrund ihrer Tätigkeit im Therapiezentrum für autistische Kinder in Hannover-Bemerode als Kennerin der Materie.

Themen ihres Vortrags: Welches sind mögliche Ursachen für Aggressionen? Wie entwickeln sich Aggressionen? Welche Möglichkeiten haben Eltern auf Aggressionen zu reagieren? Unter welchen speziellen Bedingungen können Aggressionen vermieden werden? Die Antworten werden sich nicht allein aus dem gut verständlichen Vortrag, sondern von der Referentin durch Gespräche und Diskussionen gemeinsam mit den Teilnehmern entwickelt.

Weil das Thema der Informationsveranstaltung nicht nur für Vereinsmitglieder von Interesse ist, können alle, die sich über das Thema informieren möchten, an der Veranstaltung teilnehmen. Von Nicht-Mitgliedern wird ein Teilnehmerbeitrag von drei Euro erhoben. Um die Zahl der erforderlichen Sitzplätze besser einschätzen zu können, bittet der Verein um Anmeldung per E-Mail an info@einzigartig-eigenartig.de oder um eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter des Vereins unter ☎ (03212) 1122048 bis zum 7. Juni.